

Helmut Schmidt  
Bundesminister der Verteidigung

Ostverträge  
sind Teil  
unserer  
Sicherheitspolitik



A 97 - 10532

# Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972

*Der Bundesminister der Verteidigung, Helmut Schmidt, hielt bei der ersten Beratung der Ostverträge im Deutschen Bundestag am 24. Februar 1972 folgende Rede:*

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Der Hauch von Vilshofen, den wir eben erlebt haben —

*(Heiterkeit und Beifall bei der SPD. — Zuruf von der CDU/CSU: Das ist eine Unverschämtheit!)*

— Ich habe wirklich nicht die Absicht, zu polemisieren, und verstehe nicht, daß Sie bei dem Wort „Vilshofen“ in Feindschaft geraten können.

*(Beifall bei der SPD. — Abg. Wehner: Hat sozialdemokratischen Bürgermeister!)*

Wie dem auch sei, meine Damen und Herren, mindestens die letzte Rede hat gezeigt, wie viele andere vorher auch, daß die Debatte hüben und drüben offensichtlich nicht so sehr den Zweck hat, das Haus zu überzeugen, sondern den Zweck, die eigenen Motive für die Öffentlichkeit klarzustellen. Fragen, die gestellt werden, werden von Fragenden gestellt, die im Grunde auf die Antworten nicht warten, um ihre eigene Meinungsbildung daran zu orientieren, sondern es sind rhetorische Fragen, wie wir sie eben vielfach erlebt haben.

*(Zunehmende Unruhe bei der CDU/CSU.)*

Mir scheint, daß dies ein notwendiger Vorgang ist — —

*(Anhaltende Unruhe bei der CDU/CSU.)*

– Wenn das Volksgemurmel sich so fortsetzt, ist allerdings der Ausdruck „Vilshofen“ vollständig gerechtfertigt.

*(Beifall bei der SPD.)*

*(Vizepräsident Frau Funcke: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Gallus?)*

Ich möchte heute gerne auf Zwischenfragen verzichten. Mir scheint, daß die Klarstellung der eigenen Motive der Öffentlichkeit gegenüber ein notwendiger Vorgang für alle Beteiligten ist, an dem ich mich beteiligen möchte hinsichtlich der Sicherheit Berlins, der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Sicherheit Europas. Alle diese Sicherheiten werden nach meiner Überzeugung durch die zu ratifizierenden Verträge verbessert, wenn auch Herr Kollege Schröder in seiner gestrigen Rede angeblich beeinträchtigt sah.

Diese sorgfältig vorbereitete Rede des Kollegen Schröder war mir in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zunächst stellte sie, wofür man danken muß, ausdrücklich die Gemeinsamkeit der Ziele vorweg. Sodann wurde diese Rede den Forderungen nach nüchterner Sachlichkeit und nach Verzicht auf gegenseitige Verteufelung – Forderungen, die beide Dr. Schröder selbst aufgestellt hatte – voll gerecht. Zur Frage der beiden Verträge war sie gewiß eine Klasse besser als alle anderen Reden, die die Opposition bis zur gegenwärtigen Stunde in diesem Hause gehalten hat.

*(Beifall bei der SPD.)*

Trotzdem, meine Damen und Herren,

*(Zurufe von der CDU/CSU.)*

trotzdem oder gerade deswegen bedarf diese Rede einer sehr sorgfältigen Kritik. Denn Herr Kollege Schröder hat sich in seiner Rede nach meinem Urteil

dreier schwerwiegender Versäumnisse schuldig gemacht.

*(Zurufe von der CDU/CSU.)*

Das erste Versäumnis: Das entscheidende Problem Berlins und seine weitgehende qualitative Veränderung im Zuge des deutsch-sowjetischen Vertrages wurden in dieser Rede völlig verschwiegen.

Zweitens. Die eigene Lagebeurteilung, von der Herr Kollege Schröder in seinen Darlegungen mehrfach ausdrücklich ausging, wurde hier auch nicht andeutungsweise dargelegt.

Drittens. Von dem deutsch-polnischen Vertrag war überhaupt nicht die Rede. Nach meinem Urteil enthielt seine Rede auch ansonsten mehrere Irrtümer.

Infolge all dessen kam der Kollege Schröder zu einem Schlußurteil, das ich für fundamental falsch halte. Nun möge mir der Herr Kollege Strauß verzeihen, daß ich heute abend seine Darlegungen über die Moral des Neubaus in Europa nicht einbeziehen will. Ich möchte mich statt dessen im wesentlichen auf die Ausführungen des Kollegen Schröder beziehen und auf sie antworten. Ich tue das mit dem Gefühl des Respektes für einen bedeutenden Gegner jener Politik, die meine Kollegen und ich für richtig halten. Ich werde zugleich den großen sicherheitspolitischen Fortschritt darstellen, den das Vertragswerk für Berlin, für uns, für Europa und auch für die Amerikaner darstellt. Beide Zwecke verlangen, daß man den Zusammenhang herstellt.

In ihrer Regierungserklärung vom Oktober 1969 hat die Bundesregierung den folgenden sicherheitspolitischen Maßstab formuliert:

Welche der beiden Seiten der Sicherheitspolitik wir auch betrachten, ob es sich um unseren ernstesten und

nachhaltigen Versuch zur gleichzeitigen und gleichwertigen Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle handelt oder um die Gewährleistung ausreichender Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland: unter beiden Aspekten begreift die Bundesregierung ihre Sicherheitspolitik als Politik des Gleichgewichts und der Friedenssicherung. Und ebenso versteht sie unter beiden Aspekten die äußere Sicherheit unseres Staates als eine Funktion des Bündnisses, dem wir angehören und als dessen Teil wir zum Gleichgewicht der Kräfte zwischen West und Ost beitragen.

Ich nehme an, daß dieser Maßstab zwischen der Opposition und den Koalitionsparteien nicht kontrovers ist. Er definiert Sicherheit so, wie es auch die Regierungserklärung der Großen Koalition am 13. Dezember 1966 tat. Es hieß dort:

Der Wille zum Frieden und zur Verständigung der Völker ist das erste Wort und das Grundlegende der Außenpolitik dieser Regierung.

Wie gesagt: das war Dezember 1966.

Nun, vor welchem weltpolitischen Hintergrund ist dieser Maßstab gesetzt worden?

Erstens. Die thermo-nuklearen Waffen, mit denen die Supermächte einander vernichten können, hatten diese Mächte bereits gezwungen, Ihrer Gegnerschaft Schranken zu setzen. Zwar bestehen fundamentale Gegensätze der Interessen und der Ideologien fort, doch war aus der unversöhnlichen Konfrontation doch schon eine Art von Konflikt unter Kontrolle geworden, der eine Zusammenarbeit der beiden Weltmächte auf Teilgebieten nicht mehr ausschloß. Beide Supermächte waren sich klargeworden, daß ihre Interessen sich dort treffen, wo es darum geht, Zwangsläufigkeiten von Zu-

sammenprall, Zwangsläufigkeiten von Eskalation und gegenseitiger Vernichtung zu vermeiden. Konkret: Präsident Nixon hatte als wichtigstes Ziel bei seinem Regierungsantritt den Übergang von der Konfrontation zur Kooperation verkündet. Die Aufnahme der Verhandlungen über die Begrenzung nuklear-strategischer Waffen – in den Zeitungen meist „SALT“ genannt – erfolgte unmittelbar anschließend.

Zweitens. Zur selben Zeit, da die beiden Supermächte Konfrontation zu vermeiden wünschten und die Suche nach Feldern der Zusammenarbeit begann, wurde auch die Tendenz erkennbar, daß die bisherige Bipolarität, von der Herr Strauß soeben sprach, durch ein neues Gleichgewicht mit mehreren Pfeilern abgelöst werden konnte. In der kommunistischen Welt war die frühere Einheit im Glauben zerbrochen. Der Bruch zwischen Moskau und Peking hat die Vorstellung von der Einheit des Weltkommunismus, von der Einheitlichkeit seines Vorgehens ad absurdum geführt. Das Hege-moniebedürfnis der Sowjetunion hatte sich in einer brutalen Invasion in der Tschechoslowakei geäußert. Aber das westliche Verlangen nach einem Europa, das mehr ist als nur Westeuropa, konnte damit ebenso wenig auf die Dauer erstickt werden wie das Verlangen in ganz Osteuropa, auch in der Sowjetunion, nach mehr Berührung mit dem Westen. Wer Entspannung in Europa will, der muß Zusammenarbeit suchen, und zwar ohne neue Unsicherheiten ins Spiel zu bringen. Ich habe die Darlegungen von Herrn Strauß über China soeben vielleicht nicht ganz verstanden. Aber ich wiederhole für diejenigen, die meinen, der Basis der Ostpolitik müsse der Faktor China hinzugefügt werden: Wer Entspannung in Europa will, muß Zusammenarbeit suchen, ohne neue Unsicherheitsfaktoren ins Spiel zu bringen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Der dritte Punkt des Hintergrunds. Mit der Verabschiedung des Harmel-Berichts hatte die atlantische Allianz ein Signal für einen neuen Abschnitt der Entwicklung des Bündnisses gesetzt. Dem Grundelement Verteidigung wurde das zweite Grundelement Entspannung hinzugefügt. Die durch gemeinsame Verteidigungsanstrengungen gewonnene Sicherheit sollte von nun an, mehr als 20 Jahre nach dem zweiten Weltkrieg, die Grundlage für den Versuch der Verständigung mit Osteuropa werden; Entspannung und Ausgleich also auf der Basis des Gleichgewichts und ohne Sicherheitsrisiko für die Beteiligten. Dies war der Rahmen, den die gegenwärtige Bundesregierung vorfand, als sie 1969 die Verantwortung übernahm.

Den Rahmen zu erkennen, genügte aber nicht. Die Kenntnis der weltpolitischen Umweltbedingungen muß für unser Land nutzlos bleiben, wenn der Versuch unterbleibt, die spezifisch deutsche Situation in diesem Rahmen zu sehen, und zwar mit all ihren Faktoren, die häufig genug im Gegensatz und in Konkurrenz zueinander stehen.

Ich habe kurz nach Bildung der Großen Koalition — es war, glaube ich, im Februar 1967 — in einem Vortrag in Hamburg gesagt, eine der Hauptaufgaben der Großen Koalition liege in der Nutzung ihrer breiten innenpolitischen Basis für die Herstellung einer größeren Realitätsbereitschaft in der öffentlichen Meinung unseres Volkes hinsichtlich der Deutschland- und Außenpolitik, und ich habe hinzugefügt, „wenn es der Großen Koalition nicht gelingen sollte, unbrauchbar gewordene, ausgefahrene Gleise zu verlassen und neue Wege zu finden, so würde die Große Koalition ihre geschichtliche Legitimation verfehlen“. Tatsächlich hat die Große Koalition einige neue Wege beschritten, tatsächlich ist die Realitätsbereitschaft gestiegen. Aber, Herr Dr. Kiesinger, Ihre Realitätsbereitschaft und die-

jenige der CSU sind am Ende schließlich kleiner gewesen als am Anfang.

*(Beifall bei der SPD.)*

— Herr Kiesinger schüttelt den Kopf. Ich darf ihn mit einem Seitenblick auf die Hallstein-Doktrin daran erinnern, daß er am Anfang bereit war, diplomatische Beziehungen zu Bukarest und zu Belgrad aufzunehmen, und daß er am Ende meinte, die Regierung solle lieber platzen, als die Beziehungen zu dem kleinen südostasiatischen Staat Kambodscha nicht abubrechen.

*(Beifall bei der SPD.)*

1967 hat der damalige Bundeskanzler Kiesinger das gestern schon von Herbert Wehner zitierte Wort von der „kritischen Größenordnung Deutschlands“ gesagt, das durchaus richtig ist. Die Passage endete damals mit dem Satz: „Man kann das Zusammenwachsen der getrennten Teile Deutschlands nur eingebettet sehen in den Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts in Europa.“ Ich stimme dem zu; das war damals richtig, und es ist auch heute noch richtig. Die erste Konsequenz aus diesem Satz, Herr Dr. Kiesinger, ist die, daß wir diesen von Ihnen genannten Prozeß der Überwindung des Ost-West-Konflikts einmal realistisch betrachten. Es ist ja nicht nur ein Prozeß, der uns betrifft, sondern es ist ein Prozeß, der von vielen gemeinsam beeinflußt wird.

Nun einige Tatsachen zu dem sich tatsächlich abspielenden Prozeß.

Erstens. Für die Vereinigten Staaten wie für die Sowjetunion wie für unsere Nachbarn in Ost und West sind die aus der andauernden Teilung Deutschlands erwachsenden Probleme die hauptsächliche Ursache für die Sorge um den Frieden in Europa. Diese Probleme sind einerseits Folgen des von Hitler total ge-

führten und total verlorenen Krieges, sie sind andererseits Folgen der sich von 1945 an ergebenden Konfrontation der Siegermächte.

Zweitens. Gerade wir Deutschen müssen aber auch einer anderen Erkenntnis ins Auge sehen. Die Nachbarn Deutschlands in Ost und West sind weit eher geneigt, sich mit der Teilung Deutschlands abzufinden, als zuzulassen, daß derjenige Teil Deutschlands, mit dem sie durch ein Bündnis verknüpft sind, in den Bereich des anderen Bündnisses hinüberwechselt. Kollege von Weizsäcker hat von diesen Problemen gesprochen. Alle unsere Nachbarn halten zwar den jetzigen Zustand für nicht normal und womöglich für eine Bedrohung des Friedens und ihrer Sicherheit, aber ein vereinigtes Deutschland und vor allem der Prozeß bis hin zu einem vereinigten Deutschland erscheint den meisten unserer Nachbarn noch gefährlicher, weil er das Gleichgewicht der Macht in Europa und damit den Frieden gefährden könnte. Siehe Dr. Kiesingers Wort über das kritische Gewicht oder die kritische Größe.

Drittens. Gleichwohl fühlen viele unserer Nachbarn auch die historische Anomalie der Trennung Deutschlands und mehr noch der Teilung Europas insgesamt. Manche wären möglicherweise bereit, dann an einer Vereinigung Europas und damit Deutschlands mitzuwirken, wenn sie eine Art Garantie dafür hätten, daß der zu diesem Ziel hinführende Prozeß unter Kontrolle gehalten und daß seine Risiken eingegrenzt und kalkulierbar gemacht werden können.

Viertens. In der Bundesrepublik Deutschland hat es lange gedauert, ehe klar wurde, daß die beiden Teile der Nation nur dann wieder zueinander kommen können, wenn auch Europa wieder zusammenwächst. Vielen in unserem Lande fällt es heute noch schwer, zu begreifen, daß dies keineswegs von den Deutschen allein bewirkt werden kann, sondern daß ein Zusam-

menwachsen in Europa nur möglich ist, wenn beide Weltmächte und die ost- und westeuropäischen Staaten und das deutsche Volk in seinen beiden Teilen dies wollen. Mit anderen Worten und verkürzt ausgedrückt: eine Wiederherstellung der Identität Europas ist nur möglich, wenn dies auch von Moskau, auch von Warschau, auch von Ost-Berlin gewollt wird.

Fünftens. Die Kontinuität des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Solidarität der europäischen mit den nordamerikanischen Partnern waren und bleiben Grundlage unserer Politik innerhalb dieses Prozesses. Eine manchmal aufgetretene Überbetonung unserer Sicherheit hat allerdings in manchen Phasen der Nachkriegspolitik zur Unbeweglichkeit der Regierung hier in Bonn beigetragen. Heute wissen wir, daß NATO und EWG den westlichen Teil Europas von sowjetischer Dominanz in kritischen Zeiten haben freihalten können, daß sie aber mit ihrer bis spät in die 60er Jahre verfolgten starren politischen Strategie nicht der Vereinigung Europas und unseres Landes haben dienen können. Sie werden das auch in Zukunft kaum tun können, und erst recht nicht wird ohne unsere eigene Initiative etwas bewegt. Herr Dr. Schröder hat in einer Rede, auf die mein Freund Kurt Mattick heute morgen schon zurückkam, vor dem CDU-Parteitag schon 1965 in Düsseldorf – ich komme noch mal auf die Rede zurück – öffentlich daran gezweifelt, daß die Zeit für uns arbeite.

Sechstens. Je mehr aber wir in Bonn uns selbst in unserer Außenpolitik bewegen, desto mehr könnten unsere Nachbarn in Ost und West in Besorgnis geraten, nämlich dann, wenn wir versuchen wollten, uns allein zu bewegen. Deshalb unternehmen wir zu keinem Zeitpunkt dieses Prozesses einen isolierten Schritt, sondern diese Regierung achtet sehr sorgfältig darauf, daß ihre Bewegung eingebettet bleibt in das Gesamt-

vorhaben der Partner unseres Bündnisses. Die Be-  
weise für diese Gemeinsamkeit, welche die Opposi-  
tionsredner nicht sehen wollen, liegen dokumentarisch  
in einer ganzen Kette von Ministerratsbeschlüssen der  
Allianz öffentlich vor. Diese Kommunikés des Mini-  
sterrats der Allianz über zwei, drei Jahre beschreiben  
den wichtigsten Teil — ich benutze noch einmal Dr. Kie-  
singers Worte — „des Prozesses der Überwindung des  
Ost-West-Konfliktes“. Unsere Politik verwirklicht sich  
im Rahmen der Möglichkeiten, die hier gegeben sind,  
im Rahmen der Wandlungen der internationalen Be-  
ziehungen überhaupt.

Präsident Nixons Schlagwort heute vor drei Jahren  
„from confrontation to negotiation“ bezeichnet eine  
Epoche, die die ganze Welt umfaßt, die zugleich auch  
unserem Land ermöglicht hat, unseren außenpoliti-  
schen Spielraum zu erweitern und voll auszunutzen.

Die Erkenntnis der Lage unseres Landes, wie sie wirk-  
lich ist, hat gewiß deutsche Außen- und Sicherheits-  
politik nicht leichter gemacht. Kollege Schröder hat  
darauf 1965 in dieser Parteitagsrede schon hingewie-  
sen. Damals sagte er:

Im Zeichen des kalten Krieges war die Wiederver-  
einigungspolitik eingebettet in das umfassende An-  
liegen der freien Welt, die Einflußsphäre des Kom-  
munismus in Europa zurückzudrängen. Heute hat  
sich in der Welt das beherrschende und allgemeine  
Interesse der Friedenserhaltung vor das Teilinter-  
esse der Wiedervereinigung Deutschlands gescho-  
ben. Es besteht zwar noch eine Übereinstimmung  
im Ziel, aber es ist für die deutsche Außenpolitik  
schwieriger geworden.

Ich habe damals, 1965, diese Rede für bedeutsam ge-  
halten. Sie war ein Schritt auf Ihrem Wege, meine Da-  
men und Herren, zur sogenannten Friedensnote mit  
dem Gewaltverzichtsangebot im Frühjahr 1966.

Die Rede enthielt übrigens auch die richtige Feststel-  
lung, es stelle sich immer wieder neu die schwierige  
Frage, wie wir unsere Deutschlandpolitik am besten in  
den ganzen Zusammenhang der allgemeinen Ost-  
West-Beziehungen einfügen können. Diese Frage stellt  
sich auch heute und morgen und übermorgen — da  
stimme ich Ihnen zu — immer wieder neu. Wenn sich  
insgesamt die Beziehungen zwischen Ost und West  
ändern, ändern sich damit auch Rahmen und Lage un-  
serer Ostpolitik.

Übrigens haben Sie, Herr Kollege Schröder — auch  
das will ich nachtragen —, schon in jener Rede, wenn  
auch sehr verklausuliert, festgestellt, daß die Allein-  
vertretungsposition à la longue nicht haltbar sein  
würde. Ich sage das, weil Sie gestern die von Ihnen  
festgestellte Diskontinuität so hervorgehoben haben.  
Sie selber haben heute vor sieben Jahren Diskontinui-  
täten vorausgesehen,

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

— wenn es wirklich Diskontinuitäten sind! Wenn es  
sich nicht um einen kontinuierlichen Wandel der Posi-  
tion entsprechend der jeweils sich wandelnden Ge-  
samtlage der Beziehungen zwischen Ost und West  
handeln würde!

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Diese Bundesregierung hat 1969 aus der vorgefunde-  
nen, nicht von ihr geschaffenen, sondern historisch  
gewachsenen Situation die Konsequenzen gezogen,  
und zwar von der Lage aus, die sie 1969 antraf. Dabei  
war und bleibt das Gleichgewichtsprinzip der oberste  
Leitsatz unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Er  
prägt die Haltung der Bundesregierung zum nordatlan-  
tischen Bündnis, zu den großen Nuklearmächten, zu  
dem notwendigen Versuch, Sicherheit bei geringerer

Rüstung zu erhalten. Er prägt aber auch unsere Haltung bei dem Versuch der Bundesregierung, Verständnis und Ausgleich mit der Sowjetunion, mit den Völkern des europäischen Ostens zu erreichen.

Für diese Politik muß gelten: Wer seine eigene Politik unter den Schutz des Gleichgewichts stellt, darf nicht versuchen, andere aus diesem Gleichgewicht herauszubringen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Das heißt für unsere Entspannungspolitik gegenüber dem Westen wie dem Osten ganz konkret:

Erstens. Es kann im osteuropäischen Bereich nichts Wesentliches ohne die Mitwirkung Moskaus geschehen. So ist die Lage heute.

Zweitens. Die Regierungen in Warschau, Ost-Berlin, Prag und in anderen osteuropäischen Hauptstädten haben gleichwohl eigene Interessen, eigenen Willen, eigenes Gewicht.

Drittens. Es wäre jedoch töricht und gefährlich, Keile zwischen die Staaten des Paktes treiben zu wollen, gefährlich nicht nur für uns, sondern für den Frieden überhaupt. Es wäre genauso töricht und für Entspannung und Zusammenarbeit gleichermaßen gefährlich, wenn jemand unseren Willen zum friedlichen Miteinander als ein bloß taktisches Manöver interpretieren wollte, wie das einige – ich erinnere mich genau – vor zehn Jahren gegenüber dem Godesberger Programm der Sozialdemokratischen Partei gemacht haben.

*(Beifall bei der SPD.)*

Es ist eine sehr gefährliche Sache, wenn man den ersten Willen eines anderen in eine taktische Wendung umfälscht.

Deutschland und Frieden, meine Damen und Herren, werden heute wieder in einem Atemzug genannt. Die

Geschichte erlaubt nicht, diesen Sachverhalt eine Selbstverständlichkeit zu nennen, genausowenig – auch das will ich deutlich sagen – wie es etwa erlaubt wäre, dies als Verdienst allein unserer Bundesregierung zu bezeichnen. Der Frieden nach Westen ohne den Frieden nach Osten bleibt ein unvollständiger Frieden, ein gefährdeter Frieden. Hier liegt die Aufgabe, deren Erfüllung wir allerdings nähergekommen sind als jede Regierung vorher.

Künftige Historiker mögen darüber befinden, warum die CDU/CSU so viel länger braucht, dies zu begreifen, als die Umwelt, in der wir leben. Mit „Umwelt“ meine ich nicht nur die Bürger dieses Landes, nicht nur unsere Nachbarn. Ich hatte im Herbst Gelegenheit, festzustellen, daß einem auch in Japan, Australien, Neuseeland eine ungewöhnlich herzliche Zustimmung zu dieser Versöhnungspolitik entgegengebracht wird.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Wie aber immer die Urteile anderer lauten mögen, unsere Pflicht ist es, heute unsere Ziele, unsere Motive, unsere Kalkulationen offenzulegen, um jedermann draußen ein fundiertes Urteil zu ermöglichen. Ein solches Urteil wird sich an der tatsächlichen Entwicklung orientieren müssen, die wir einerseits als Mitglied des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaften mit bewirkt haben und die andererseits von diesen politischen Zusammenschlüssen aus auf uns zurückgewirkt hat.

Was also hat sich seit 1969 in Europa geändert? Wir haben uns daran gewöhnt, darauf zu verweisen, daß die atlantische Allianz in Verteidigung und Entspannung die beiden Grundelemente ihrer politischen Strategie sehe. Mir scheint, der entscheidende Wandel des Atlantischen Bündnisses seit 1969 liegt darin, daß das Bündnis diesen Grundsatz, Verteidigung plus Entspan-

nung, nicht nur verkündet, sondern ihn tatsächlich mit politischem Leben erfüllt und auf seiner Basis vielfältige politische Initiativen in Gang gesetzt hat. So haben sich zum einen die Partner in der „Studie über die Verteidigungsprobleme der Allianz in den 70er Jahren“ geeinigt, am militärstrategischen Konzept der flexiblen Reaktion und am Prinzip der Vorne-Verteidigung festzuhalten, also an zwei Grundprinzipien, die gerade für uns wichtig sind. Sie haben es übernommen, Schwächen des Verteidigungssystems zu beseitigen und dabei nicht nur die bisher gültigen Grundsätze fortzuschreiben, sondern auch ein neues Programm für die künftige Arbeit zu entwickeln, aber andererseits hat das Bündnis 1970 und 1971 den Zusammenhang zwischen Verteidigung und Entspannung tatsächlich praktiziert.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Die sehr konkreten Beschlüsse des NATO-Rats von Rom, Brüssel, Lissabon und nochmals Brüssel sind Beleg und Beweis: das ganze Bündnis mit all seinen Teilnehmerstaaten hat am Zustandekommen und am erfolgreichen Abschluß der Viermächte-Verhandlungen über Berlin mitgewirkt.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Da muß man die Kommuniqués lesen, um das bestätigt zu finden. Das ganze Bündnis hat daran mitgewirkt, daß die Voraussetzung für ein solches Abkommen geschaffen werden konnte, nämlich der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Wer den Vorwurf erhebt, daß die Entspannungs- und Vertragspolitik der Bundesregierung den Zusammenhalt des Westens gefährde und die Funktionstüchtigkeit des Bündnisses beeinträchtige, der muß wissen, daß er sich selbst zu allen Regierungen in Gegensatz

setzt — ich betone: allen — der im westlichen Bündnis verbündeten Staaten.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Herr Dr. Schröder, Sie sind ein bißchen außer Kontakt geraten mit der politischen Entwicklung in den uns verbündeten Ländern.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Wenn Sie Ihre gestrige Rede statt hier in Bonn in der Ministerratstagung des Atlantischen Bündnisses gehalten hätten, wäre nicht nur augenblicks eine tiefe Konsternation eingetreten, sondern der Prozeß der Isolierung Deutschlands innerhalb dieses Bündnisses hätte am gleichen Abend seinen Anfang genommen.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

*— Abg. Lemmrich: Vielleicht lesen Sie die Debatte des Europarats vom letztenmal nach! —*

*Zurufe von der CDU/CSU: Der Zweck heiligt die Mittel!*

— Vielleicht sind Sie so liebenswürdig, genauso wie wir gestern die — ich wiederhole — bemerkenswerten Darlegungen des Kollegen Schröder angehört haben, meinen Versuch einer Antwort entgegenzunehmen.

Ich möchte Ihnen sagen, Herr Dr. Schröder, Sie dürfen sich — nach meinem Urteil — auch nicht in die Ausflucht retten, unsere Partner hätten diese Erklärung bloß abgegeben, weil sie — das hat Herr Strauß nachher wiederholt — eine lästige Verantwortung loswerden wollten, weil sie nicht deutscher als die Deutschen selbst sein wollten.

*(Zurufe von der CDU/CSU: Was ist daran falsch? — Das ist aber so!)*

— Wer zu dieser Argumentation greift, impliziert ungewollt, daß unsere nationalen Interessen im bewußten Widerspruch zu den Interessen der Partner stünden.

Sie haben in dem Zusammenhang gestern eine Drei-Mächte-Erklärung von 1964 zitiert, aber Sie hatten 1965 in der schon zitierten Rede vor dem Parteitag der CDU öffentlich ausgesprochen, daß Sie sich immer Mühe geben müßten, die Drei Mächte zu solchen Erklärungen zu bringen. Sie wissen doch selbst auch aus der Erinnerung, Herr Schröder, daß damals diese Erklärung nicht dem innersten Willen und heiligsten Interesse der Beteiligten entsprach.

*(Abg. Dr. Schröder: Aber heute doch? – Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Sie widersprechen sich ja!)*

– Nein, ich glaube nicht, daß darin ein Widerspruch liegt. Die sind etwas losgeworden, was ihnen lästig war; das ist richtig. Aber, Herr Schröder, Sie haben nie im Grunde glauben können, daß die auf Grund Ihrer Erklärung jemals eine deutsche Wiedervereinigungsinitiative ergreifen könnten. Das hat niemand geglaubt, weder in Bonn noch anderswo.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

*(Vizepräsident Frau Funcke: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Barzel?)*

Herrn Kollegen Barzel will ich gern eine Zwischenfrage gestatten.

*(Dr. Barzel [CDU/CSU]: Herr Kollege Schmidt, würden Sie dem Hause sagen, was die Alliierten losgeworden sind, worüber sie, wie Sie soeben sagten, Freude empfinden?)*

Ich bin nicht ganz sicher, ob es meine Sache ist, zu interpretieren, was Herr Schröder gemeint hat. Ich denke, er hat gemeint, sie wären die Last losgeworden, alle zwei Jahre eine große Erklärung über die erstrebte Wiedervereinigung Deutschlands abzugeben. Daß sie vertraglich daran gebunden sind, ist eine ganz

andere Sache. Sie waren es leid, dauernd Bekenntnisse abgeben zu müssen zu einer Sache, für die sie aktuell und für die jeweilige Gegenwart überhaupt keine Realisationschance sahen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Das Atlantische Bündnis heute ist politisch als Bündnis, als Gesamtheit sehr tätig. Da sind die Bemühungen um Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung und -kontrolle, z. B. die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten über die Begrenzung der strategischen Waffen – SALT –, da sind die Bemühungen des westlichen Bündnisses zu Verhandlungen mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Paktes über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen, in den Zeitungen meist mit den vier Buchstaben MBFR bezeichnet.

Natürlich ist SALT primär eine Sache der beiden Supermächte, aber der Verhandlungserfolg müßte ganz fraglich werden, käme es etwa inzwischen zu einer neuen tiefen Berlin-Krise.

Die Bemühungen um MBFR entsprechen dem gleichen Wandel. Durch rüstungsbegrenzende stabilisierende Vereinbarungen in Europa soll eine für alle Partner gleich verlässliche, weniger aufwendige Sicherheitsstruktur in Europa erreicht werden. MBFR wird zu einer Schlüsselfrage zukünftiger Entspannungspolitik werden. Man kann dabei nicht mit schnellen Ergebnissen rechnen – noch viel weniger schnell als bei SALT. Gleichwohl hat das MBFR-Projekt bereits heute einige Zwischenergebnisse gezeitigt. Auch das war nur möglich im Zusammenhang mit der deutschen Vertragspolitik. Die kontinuierliche Beharrlichkeit nämlich seit dem sogenannten Signal von Reykjavik 1968 hat es schließlich vermocht, ein allmählich entstehendes Interesse der Sowjetunion und anderer interessierter Staaten herbeizuführen.

*(Vizepräsident Frau Funcke: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kliesing?)*

Herr Kliesing ist ein alter Freund, also bitte!

*(Dr. Kliesing [Honnef] [CDU/CSU]: Herr Schmidt, wenn Sie MBFR für eine Schlüsselfrage der künftigen Entspannung halten, wie werten Sie dann die Entspannungsbereitschaft der Sowjetunion angesichts der Tatsache, daß sie bisher noch nicht reagiert hat auf den Wunsch 14 europäischer und nordamerikanischer Staaten — darunter auch der Bundesrepublik —, zu vorbereitenden Gesprächen über MBFR den früheren Generalsekretär Brosio zu empfangen, sich im Gegenteil bisher hartnäckig geweigert hat, überhaupt in vorbereitende Gespräche darüber einzutreten?)*

*(Beifall bei der CDU/CSU.)*

Es gibt dazu nur Vermutungen. Ich würde zwei Vermutungen für zulässig halten.

Erstens könnte ich mir denken, daß sich die Sowjetunion zu dem Zeitpunkt noch nicht völlige Klarheit über die Details ihrer Interessen bei MBFR verschafft hatte. Das würde dann noch kommen. Es wäre also ein vorübergehender Zustand.

Zweitens würde mir die Vermutung zulässig erscheinen, daß die Sowjetunion, z. B. mit Rücksicht auf Frankreich, aber auch mit Rücksicht auf eigene Verbündete, Wert darauf legte, nicht den Eindruck von Verhandlungen zuzulassen, die zwischen Pakt und Pakt geführt würden.

Das sind beides denkbare Erklärungen. Im übrigen kann ich hier nicht Auskünfte für die sowjetische Regierung geben, Herr Kliesing. Im Zusammenhang mit

MBFR würde ich ganz gerne die persönliche Bemerkung machen dürfen für diejenigen, die schon 1959 hier in diesem Bundestag saßen, daß ich ganz stolz bin auf die Fortschritte, die wir darin erreicht haben.

In Verbindung damit muß man auf die Frage eingehen, ob Bemühungen um Rüstungsbegrenzung, ob unsere Vertragspolitik mit dem Osten einseitige, voreilige Truppenabzüge des Westens, vor allem der USA, verursacht bzw. ob sie politische Kräfte geweckt hätten, die sich vor allen Dingen im amerikanischen Senat für eine einseitige Verminderung des amerikanischen Engagements hier in Europa stark machen.

Ich denke, wir alle hier und innerhalb des Bündnisses stimmen darin überein, daß unsere Entspannungspolitik unsere Sicherheitspolitik ergänzen, nicht aber unseren Verteidigungsbeitrag ersetzen kann oder soll. Nur für den Herrn Ministerpräsidenten Filbinger, dessen Bundesratsrede ich gestern gelesen habe, weise ich darauf hin, daß es lange, bevor deutsch-sowjetische Verhandlungen in Betracht gezogen wurden, lange vorher jenen Trend gegeben hat, der seit der Mitte der fünfziger Jahre mit dem Namen des Senators Mansfield verbunden ist. Wir haben es immer wieder mit entsprechenden Resolutionen im amerikanischen Kongreß zu tun gehabt. Tatsache ist, daß keine amerikanische Regierung darauf eingegangen ist. Herr Filbinger soll sich ein bißchen besser in der Außenpolitik umsehen, ehe er darüber spricht. Die jüngste außenpolitische Botschaft Präsident Nixons an den amerikanischen Kongreß hat dies abermals überzeugend bestätigt. Auch in der gemeinsamen deutsch-amerikanischen Erklärung nach der Begegnung zwischen Präsident Nixon und Bundeskanzler Brandt in diesem Winter in Key Biscayne hieß es wörtlich — ich darf zitieren —:

Der Präsident wiederholte, daß die amerikanischen Verpflichtungen in Europa unverändert weiter gelten und daß insbesondere keine Verminderung der amerikanischen Truppenstärke in Europa erfolgen wird.

Wenn Präsident Nixon heute erneut zusichern kann, daß die amerikanischen Truppen in Europa nicht einseitig abgebaut werden, sondern nur im Rahmen beiderseitiger Verringerung, dann wird deutlich, daß unsere Bereitschaft zum Realismus, daß die Verträge von Warschau und Moskau und die Bemühung um beiderseitige, ausgewogene Truppenverringerung keineswegs einseitige amerikanische Verringerungen verursachen, wie Ministerpräsident Filbinger vor ein paar Tagen im Bundesrat und andeutungsweise auch Herr Kollege Schröder gestern abend hier gemeint haben. Vielmehr hat diese unsere Politik die Entscheidung bewirkt, daß das schon mehr als 25 Jahre – das ist eine sehr lange Zeit – andauernde amerikanische Engagement erst dann verändert werden soll, wenn Gewißheit der Gegenseitigkeit besteht.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Natürlich wären meine Ausführungen über die Entwicklung und Wandlung im Bündnis unvollständig, wenn ich nicht auch auf sehr bedeutende qualitative Veränderungen hier in Westeuropa hinwiese. Ich kann aber auf den Ausbau und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften nicht eingehen. Klar ist jedoch, daß die politische Konsolidierung Europas sicherheitspolitisch sehr bedeutsam werden kann. Das gilt um so mehr, als die Herausbildung einer westeuropäischen Verteidigungsidentität in der Eurogroup immer sichtbarer wird, in der sich die europäischen NATO-Mitglieder – freilich mit der Ausnahme Frankreichs – einstweilen ein Forum geschaffen haben, in dem sie ihre Verteidigungspolitik im Rahmen des

Bündnisses miteinander abstimmen und koordinieren. So kam es zum Verstärkungsprogramm, und so kam es Ende dieses Jahres zu einem Euro-Weißbuch. Hier bleibt auch noch einiges zu tun, gewiß. Aber man kann nicht übersehen, daß es gelungen ist, im Rahmen von Verteidigung und Entspannung in Westeuropa etwas zu entwickeln, was seit dem Scheitern der EVG-Verträge niemand sonst fertiggebracht hat.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich habe so ausführlich über die Wandlung im Bündnis sprechen mögen, weil ich jetzt gern auf den entscheidenden sicherheitspolitischen Aspekt der beiden Verträge kommen will. Die Verträge haben dem zentralen Problem der europäischen Sicherheit, nämlich der deutschen Frage, eine neue Qualität gegeben. Sie haben es ermöglicht, eine die Abwesenheit von Drohung und Gewalt garantierende Regelung für den gefährlichsten Krisenherd der letzten 25 Jahre zu finden, für Berlin.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Mein Freund Kurt Mattick hat heute morgen sehr überzeugend dargetan, was das bedeutet. Ich will es hier nur von der sicherheitspolitischen Seite beleuchten. Die Blockade Berlins am Ende der vierziger Jahre, die Berlin-Krise von 1958 bis 1962 mit dem Bau der Mauer, mit der Ratlosigkeit der damaligen Bonner Bundesregierung und ihrem Aufruf, Ruhe sei die richtige Antwort, mit dem Aufmarsch amerikanischer Streitkräfte über den Atlantik herüber nach Deutschland, die zahlreichen Zwischenfälle auf den Zugangswegen zu Lande und in der Luft, die Panzerkonfrontation an der Sektorengrenze im Oktober 1961, alles dies wird nicht wiederkommen,

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

alles dies wird nicht wiederkehren.

Ich will mir nicht die Zeitbestimmung des französischen Botschafters in Bonn zu eigen machen, der gesagt hat: 20 Jahre lang wird davon nichts wiederkehren, vielleicht wird es länger sein. Jedenfalls: in der Zukunft, die wir überblicken können, können wir sicher sein, daß es nicht wiederkehrt, wenn dieses Haus den Vertrag ratifiziert, der der Sache zugrunde liegt.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Unter dem Aspekt der Sicherheit auf dem ganzen Erdball ist die Befriedung des Krisenherds zwischen den beiden Supermächten, die Befriedung Berlins durch das Viermächte-Abkommen das an erster Stelle zu nennende Ergebnis unserer Ostpolitik.

*(Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Wenn Sie, Herr Kollege Schröder, gestern gemeint haben, die CDU hätte dieses Verhandlungsergebnis schon längst haben können,

*(Abg. Wehner: Ja, natürlich!)*

so weiß jede Regierung innerhalb des nordatlantischen Bündnisses, daß dies – um es sehr milde auszudrücken – ein Irrtum ist.

*(Abg. Wienand: Das ist aber wirklich sehr milde! – Weitere Zurufe von der SPD: Sehr richtig! – Sehr gut!)*

Herr Schröder kann nicht im Ernst leugnen wollen, daß er als Außenminister schon sehr stolz gewesen wäre, wenn er Bruchteile des jetzigen Berlin-Abkommens hätte erreichen können.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich erinnere mich sehr genau, was der Kanzler der Großen Koalition endgültig im Tauschwege dafür hinzugeben bereit war, daß ein einziges Mal Passierscheine sollten ausgegeben werden.

*(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Nicht endgültig!  
Niemals! Das ist ganz falsch!)*

– Herr Kiesinger, ich bin gewiß niemand, der wissenschaftlich die Unwahrheit sagt.

*(Zurufe von der Mitte: Aber leichtfertig! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Nicht endgültig, einmal! – Einmal!)*

– Wie bitte?

*(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Einmal!)*

– Nein, nein, verehrter Herr Kollege Kiesinger, Sie haben damals gesagt, die Wahl des Bundespräsidenten könne reihum in sämtlichen deutschen Landeshauptstädten durchgeführt werden, und dann würde sie nach 50 Jahren wieder nach Berlin kommen. Ich kann mich genau erinnern.

*(Zustimmung bei Abgeordneten der Regierungsparteien. – Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Falsch! Einfach nicht wahr!)*

– Ich kritisiere das ja nicht.

*(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Aber es ist auch nicht wahr! – Abg. Wehner: Hört! Hört!)*

– Herr Kiesinger, es ist wahr.

*(Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Nein es ist nicht wahr!)*

– Doch, es ist wahr! Und das im Tausch für einmal Passierscheine! Ich kritisiere das ja nicht, ich hebe es nur hervor, um Ihnen zu zeigen, wie ungerecht Sie sind, wenn Sie das ganze Paket des jetzigen Berlin-Abkommens heute so kleinschreiben.

*(Starker Beifall bei den Regierungsparteien.)*

– Abg. Rawe: Das ist einfach die Unwahrheit! – Abg. Dr. h. c. Kiesinger: Na, das wird sich ja zeigen!

– Herr Kiesinger wird sich sicherlich bemühen, zu zeigen, daß ich die Unwahrheit sprach. Ich bin ganz gewiß, daß das – –

*(Abg. Rawe: Das war eindeutig falsch, und das wissen Sie!)*

– Ich war ja dabei, lieber Freund, Sie aber nicht.

*(Heiterkeit und Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Wenn ich mich recht erinnere, haben Sie dem Kreßbronner Kränzchen nicht angehört.

*(Abg. Dr. Barzel: Aber ich kann nicht bestätigen, was Sie hier behaupten! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU.)*

– Ich will heute abend nicht polemisieren.

*(Erneute Zurufe von der CDU/CSU.)*

– Ich will nicht polemisieren!

Ich möchte als zweites Ergebnis feststellen, daß das Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten und Westeuropa heute, 1972, fester ist als zuvor und insbesondere sehr viel fester als im Frühjahr und im Sommer und im Herbst 1966, ehe wir anfangen, diese Politik mit zu beeinflussen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Drittens. Es haben sich in Europa stabile Elemente der Integration herausgebildet.

Viertens. Die Bundesrepublik Deutschland hat den Handlungsspielraum gewonnen, der für unsere eigenen Interessen notwendig ist und dessen Ausnutzung dem ganzen Bündnis nützt. Die Gewinnung dieses Handlungsspielraums war nur möglich, weil die ganze internationale Politik – oder, wie Herr Kiesinger es nannte, der Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West

– in Bewegung geraten war und weil wir den uns angemessenen Platz darin eingenommen haben.

Fünftens. Das Engagement der Vereinigten Staaten in Europa bedeutet nicht mehr länger nur die Fortdauer und Erfüllung der durch Kriegseintritt und -ausgang übernommenen Pflichten, sondern dieses Engagement wird heute durch das Ziel der Herstellung einer stabilen europäischen Friedensordnung motiviert.

Sechstens. Das Gleichgewicht der in Europa wirksamen, auf Europa von außen wirkenden Kräfte ist durch die Verträge um das Element des vereinbarten Gewaltverzichts stabiler geworden, wobei für uns gewiß der Gewaltverzicht der Sowjetunion unendlich gewichtiger ist als der Gewaltverzicht, den wir ausgesprochen haben.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Siebtens. Die deutsche Frage ist in dem Maße einer Lösung nähergekommen, wie durch die geschlossenen und durch die noch zu schließenden Verträge Unsicherheit in Europa vermindert wird.

Herr Dr. Schröder hat gestern gesagt, eine Nicht-ratifizierung der Verträge sei keineswegs ein Desaster, sondern lediglich ein Desaster für die Bundesregierung.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist richtig!)*

Ich gehe davon aus, bin überzeugt, daß die Verträge mit der verfassungsrechtlich gebotenen Mehrheit des Hauses ratifiziert werden. Trotzdem bedarf Ihre Behauptung, Herr Kollege Schröder, des Gegenbeweises, damit sich niemand über das Risiko der von Ihnen verfolgten Politik des Liegenlassens täuschen kann.

Die Folgen würden sein: Einbuße des gewonnenen Handlungsspielraums der Bundesrepublik und Verlust der Chance für eine Vertragspolitik in Richtung Osten

auf sehr lange Zeit, sodann eine Krise im Bündnis und in Westeuropa mit Auswirkung auf die politische Funktionstüchtigkeit des Bündnisses, Auswirkungen auf die Beziehungen besonders zu den Vereinigten Staaten von Amerika, für die unsere Verträge und für die insbesondere auch das Berlin-Abkommen wichtige Elemente ihrer eigenen außenpolitischen Strategie sind. Ich glaube, das hat Herr Dr. Barzel in Washington auch gespürt, denn als er zurückkam, sagte er nur, er hätte Gott sei Dank keine Pression empfunden, die Verträge ratifizieren zu sollen. Im übrigen hat er sehr gut verstanden, daß die Leute im Weißen Haus sehr wohl dafür sind, daß Deutschland die Verträge ratifiziert.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Man muß in solchem Falle eintretende Belastungen natürlich vor allem auch vor dem Hintergrund der Schutzmachtfunktion der drei Westmächte für Berlin sehen, man muß die Einbuße sehen, die wir an Glaubwürdigkeit als Bündnispartner erleiden würden, möglicherweise mit Konsequenzen für die beginnende engere politische Zusammenarbeit in der EWG, und man muß sehen, daß es eine Torpedierung des gemeinsamen Grundsatzes der Allianz wäre, Verteidigung und Entspannung zugleich zu betreiben. Die Folge wäre auch eine tiefe Vertrauenskrise im Verhältnis zur Sowjetunion, die doch in diese Verträge sehr viel Prestige und auch sehr deutliche Positionen hineingesteckt hat,

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

und damit die Gefahr der Auslösung einer aktuellen Berlin-Krise. Ganz sicher träte auch die Konsequenz ein, daß die ausgehandelten Verbesserungen für die Menschen in Berlin in keiner Weise verwirklicht würden, ganz gewiß auch eine verminderte Bereitschaft der Westmächte, bei künftigen Arrangements mit der

Sowjetunion auch eine Verbindung mit den Interessen der Bundesrepublik einzugehen. Ich will nicht sprechen von der psychologischen Krise, die man in Berlin auslösen würde, aber ich will doch sagen, daß eine Verwerfung dieser Verträge in diesem Haus zu schwerwiegenden Auswirkungen im Verhältnis zu unseren Nachbarn, zu einer Einbuße des von uns mühsam angesammelten Vertrauenskapitals,

*(Lachen bei der CDU/CSU.)*

zu einer Stärkung aller Vertragsgegner in der DDR und in der Sowjetunion, zu einem Ende der Verhandlungen mit der DDR und schließlich zu einer Entmutigung aller auf die Verständigung hinarbeitenden Kräfte in Europa führen müßte.

Dr. Schröder hat gesagt, deutsche Außen- und Sicherheitspolitik würde durch die Verträge schwieriger. Das möge seine Meinung bleiben. Ich denke aber, jeder Unbefangene kann einsehen, daß deutsche Außen- und Sicherheitspolitik durch die Ablehnung der Verträge, wie ich eben gezeigt habe, unendlich schwieriger würde.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Aber die Verträge werden ja nicht abgelehnt.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich bin ganz sicher, daß die Regierungskoalition allein für den deutsch-sowjetischen Vertrag ausreicht. Wir brauchen Ihre Mahnung nicht, daß wir uns unsere Mehrheit selbst suchen müssen.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Allerdings wäre ich betroffen — wenn ich das hinzufügen darf —, wenn die CDU/CSU verkennen sollte, daß der deutsch-polnische Vertrag, der kaum sicher-

heitspolitische, nicht nur außenpolitische Aspekte hat, vielmehr einer moralischen Notwendigkeit entspringt.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Herr Kollege Schröder und die Opposition insgesamt haben die Hoffnung ins Feld geführt: Wenn man länger gewartet hätte, wären bessere Verträge möglich geworden. Niemand hat dargetan, wie das hätte gehen sollen. Dr. Schröder hat das Stichwort China genannt, es ist auch bei Herrn Strauß wieder vorgekommen, aber ein richtiger Kommentar war dazu nicht zu vernehmen. Wenn man das von der Opposition in Ausführlichkeit hätte kommentieren sollen, Herr Dr. Barzel, dann hätte die in den letzten Tagen von der Opposition öffentlich ausgesprochene Hoffnung auf eine bedeutende Zunahme des sowjetisch-chinesischen Konflikts hier ausgesprochen werden müssen. Das haben Sie vorsichtigerweise vermieden. Herr Strauß hat sogar so getan, als ob das — —

*(Abg. Kiep: Wo ist denn das ausgesprochen worden?)*

— Ja, ja, Sie haben es eben nicht ausgesprochen! Sie haben sehr versteckt und doch sehr deutlich argumentiert.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. —  
Abg. Wehner: Sehr wahr!)*

Ich möchte dazu drei Sätze sagen. Niemand kann von einem den Frieden bedrohenden Konflikt zwischen den beiden kommunistischen Weltmächten einen Vorteil erwarten. Im Gegenteil!

*(Lebhafter, langanhaltender Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Rawe: Genau das hat Strauß gesagt! — Weitere Zurufe von der CDU/CSU. — Abg. Rösing: Wer hat denn so etwas behauptet? — Abg. Dr. Stark [Nürtingen]: Unterstellungen!)*

Im Gegenteil: Dieses Risiko für die ganze Welt wäre unabsehbar!

*(Abg. Lemmrich: Das wissen wir doch allein!)*

Zweiter Punkt: Wer der Sowjetunion sagt, er werde erst dann mit ihr verhandeln, wenn sie von dritter Seite unter stärkerem Druck stehe, verkennt die Wirkung solchen Verhaltens auf eine Weltmacht.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Dritter Punkt: Wer meint, man müsse mit der Normalisierung in Richtung Osten noch ein paar Jahre warten, noch ein bißchen warten, bis die Gelegenheit günstiger sei — —

*(Abg. Lemmrich: Was ist denn eine Normalisierung? — Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Wo haben Sie das her? — Das sind doch die Pappkameraden!)*

— Lassen Sie mich den Satz zu Ende führen! Wer meint, man müsse noch ein paar Jahre warten — so habe ich Sie alle doch verstehen müssen — —

*(Zurufe von der CDU/CSU. — Abg. Dr. Apel: Genauso war es! „Liegenlassen“, würde Herr Barzel sagen! — Abg. Wehner: Faulen lassen!)*

— Der Führer der Opposition hat gesagt, man solle die Verträge liegenlassen. Was bedeutet das denn anderes als Warten?

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich will Ihnen dazu drittens nur sagen: Je länger man wartete, desto tiefer würde für manche — für manche sogar um so selbstverständlicher — die Tatsache der Spaltung.

*(Beifall bei den Regierungsparteien. — Abg. Wehner: Sehr wahr! — Abg. Dr. Wörner meldet sich zu einer Zwischenfrage.)*

– Bitte nicht, Herr Wörner!

Nun muß ich doch noch einmal eine Fußnote machen zu der Bundesratsrede vom Herrn Ministerpräsidenten Filbinger. Herr Dr. Schröder hatte gerade rechtzeitig in seinem „Zeit“-Artikel vom 4. Februar den CDU-Ministerpräsidenten für die Bundesratssitzung am 9. Februar die vertretbaren Argumente der Opposition gegeben. Ministerpräsident Kohl ist bei der Wiedergabe ein bißchen weitergegangen als der Kollege Schröder. Aber Herr Ministerpräsident Filbinger hat Sie, Herr Kollege Schröder, offensichtlich nur teilweise verstanden.

*(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)*

Ich denke dabei gar nicht an Herrn Filbingers erstaunliche Formulierung, die Sowjetunion habe zu Lasten der NATO in letzter Zeit ihr Militärpotential erhöht, sondern ich denke an den in klarem Gegensatz zu Ihren Ausführungen von gestern abend, Herr Kollege Schröder – und im klaren Gegensatz auch, wie ich denke, zu Herrn Barzel – gesprochenen Satz – er steht im Protokoll des Bundesrats –: Die Alternative zur Ostpolitik der Bundesregierung bestehe nicht im Abwarten. Worin sie aber nun wirklich bestehen sollte, das hat naturgemäß der Ministerpräsident von Baden-Württemberg nicht zu sagen gewußt.

*(Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)*

Aber auch die Opposition insgesamt hat in diesen beiden Tagen eine Alternative zur Sache vollständig vermissen lassen.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Herr Kollege Strauß kann ja wohl seinen einseitigen Vertragsentwurf nicht ernst gemeint haben als Alternative.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Er müßte uns denn sagen, wann und mit wem er diesen Vertrag aushandeln wollte.

Natürlich, Herr Strauß, sind die Verträge und das Berlin-Abkommen keine idealen Dokumente.

*(Zuruf von der CDU/CSU: Das kann man wohl sagen!)*

Sie sind ein Kompromiß. Man mag mit Recht an der einen oder anderen Stelle etwas mehr oder etwas anderes wünschen. Aber jedermann kann ganz sicher sein: In umgekehrter Weise empfindet Herr Honecker das mindestens ebenso.

*(Beifall bei der SPD. – Abg. Lemmrich: Deswegen begrüßt er das ja auch immer sol)*

Wir Deutsche müssen wissen: Wer den Frieden mit seinen Nachbarn will, der muß zum Kompromiß bereit sein.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Eine letzte Bemerkung zu Ihnen, verehrter Kollege Schröder. Ich denke, es ist dankenswert, daß Sie gestern die Bindung der Bundesregierung an die Verfassungsmäßigkeit der von ihr ausgehandelten Verträge ausdrücklich betont haben, nachdem aus anderer Himmelsrichtung auch schon ganz andere Töne hörbar geworden waren.

Zum Abschluß möchte ich ein paar Worte über die vor uns liegende Zeit sagen. Niemand kann heute sagen, wie sich die Entspannungspolitik in allen ihren Einzelheiten demnächst weiterentwickelt. Entscheidend ist, daß wir Deutsche uns an den Voraussetzungen für eine realistische und mit Gelassenheit verfolgte Entspannungspolitik orientieren. Die erste Voraussetzung ist, daß unsere innere demokratische Ord-

nung in der Bundesrepublik festgefügt bleibt, damit wir als außenpolitischer Partner Gewicht behalten.

*(Beifall bei den Regierungsparteien und Abgeordneten der CDU/CSU.)*

Die zweite Voraussetzung ist, daß unsere Außenpolitik und unsere Sicherheitspolitik so wie bisher mit Washington, mit Paris, mit London, mit all unseren Verbündeten abgestimmt wird und abgestimmt bleibt.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Die dritte Voraussetzung ist, daß die Allianz weiterhin gemeinsam die Sicherheit Europas, die Sicherheit der Bundesrepublik, die Sicherheit West-Berlins gewährleistet und daß das Kräftegleichgewicht in Europa aufrechterhalten bleibt. Das gelingt nur, wenn wir auf unserer Seite dazu wie bisher den notwendigen Beitrag leisten. Entspannung macht Verteidigung und Soldaten nicht überflüssig, sondern sie setzt sie voraus.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

In diesem Zusammenhang hat der Oppositionsführer bezweifelt, daß wir diese Notwendigkeit, von der ich eben sprach, überhaupt noch aussprechen. Herr Dr. Barzel, Sie haben unrecht. Ich brauche Sie z. B. nur auf das Weißbuch des Jahres 1971/72 „Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr“ hinzuweisen, in dem Sie — in zigtausendfacher Auflage — die folgenden Sätze finden:

Es wäre töricht, Entspannung zu wollen und zugleich den militärischen Schutz der eigenen Existenz zu vernachlässigen. Darum ist das Gleichgewichtsprinzip auch künftig oberster Leitsatz der Sicherheitspolitik. Es bestimmt unsere Anstrengungen und die unserer Verbündeten, eine ausrei-

chende eigene Stärke aufrechtzuerhalten, zumal die Sowjetunion und deren Verbündete ihren Militärapparat weiter vergrößern.

Ich will Ihnen das restliche Zitat ersparen. Sie haben wirklich unrecht, wenn Sie den Eindruck verbreiten, diese Bundesregierung wisse nicht, daß ihre Ostpolitik das Fundament der gemeinsamen Sicherheit im Westen braucht.

Was die nähere Zukunft angeht, so erscheint mir wichtig, daß Zusammenarbeit, daß mehr Zusammenarbeit in Europa nur möglich ist, wenn der Zusammenhang zwischen der erwünschten Zusammenarbeit und der Sicherheit ebenso wie mit dem gegenseitigen Vertrauen klar gesehen wird. Das Projekt einer Konferenz über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird eine wichtige Rolle spielen. Eine Konferenz über die Sicherheit und die Zusammenarbeit ist sinnvoll, wenn auf ihr wirklich über das verhandelt wird, was der Name dieser Konferenz aussagt und anspricht. Das notwendige Vertrauen kann nur dann zustande kommen, wenn zwischen Ost und West eine einvernehmliche Verständigung über die Lage in Europa erreicht und gemeinsame Prinzipien verabredet und vereinbart werden, auf denen die europäische Sicherheit beruhen soll. Deshalb wird sich eine solche Konferenz, die durch das Inkrafttreten der Verträge und durch das Inkrafttreten des Viermächteabkommens möglich wird, auch mit den politischen Grundprinzipien von Truppenverminderungen beschäftigen müssen. Erst eine solche Verständigung wird es möglich machen, allgemeine politische Regeln für die Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen. Im Kern unserer Friedens- und damit unserer Sicherheitspolitik stehen das Streben nach Gleichgewicht und das

Streben nach Beseitigung von Konflikt- und Krisenherden.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Ich sage Ihnen, der deutsch-sowjetische Vertrag und auch der deutsch-polnische Vertrag verändern in keiner Weise die politische, die rechtliche, die militärische oder gar die wirtschaftspolitische Grundlage unserer Sicherheit. Aber diese Verträge beseitigen Unsicherheit und Verdächte, sie verringern die Gefahr von Krisen.

*(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. — Unruhe bei der CDU/CSU. — Wortmeldung des Abg. Dr. Barzel.)*

*(Vizepräsident Frau Funcke: Herr Bundesminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Barzel?)*

Nein; danke, nein. — Das Viermächte-Abkommen über Berlin wird aus dem bisherigen Krisenherd Berlin einen sicheren Ort machen.

*(Lebhafter Beifall bei der SPD. — Zurufe von der CDU/CSU.)*

Ich bitte Sie, sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Washington davon zu überzeugen, was für eine Erleichterung das auch für unsere Bündnispartner ist.

*(Beifall bei den Regierungsparteien.)*

Unsere Vertragspolitik ist organischer Bestandteil der sicherheitspolitischen Konzeption des gesamten westlichen Bündnisses. Die Verträge dienen unserer Sicherheit und der Sicherheit unserer Nachbarn; sie entspringen unserem festen Willen zu guter Nachbarschaft und zum Frieden. Ohne beide Verträge, ohne das Viermächteabkommen über Berlin, das als ihre

erste und existentiell wichtige Frucht zur Debatte dazugehört, ohne dieses Vertragswerk werden die Interessen der Deutschen schweren Schaden nehmen. Mit diesen Verträgen — dieser Überzeugung ist mit uns die große Mehrheit unseres Volkes — dienen wir dem Frieden.

*(Lebhatter, langanhaltender Beifall bei den Regierungsparteien.)*

